

Nr. 10/2026
vom 3. April 2026

Neue Trump-Zölle setzen Arzneimittelhersteller zusätzlich unter Druck

- US-Präsident Donald Trump verordnet Zölle auf Arzneimittel
- Investitionen stehen damit mehr denn je auf dem Prüfstand
- Vorschläge der GKV-Finanzkommission müssen entsprechend bewertet werden

US-Präsident Donald Trump hat am Donnerstag Zölle von bis zu 100 Prozent auf bestimmte patentgeschützte Medikamente angekündigt. Ziel ist, die Abhängigkeit von ausländischer Produktion zu reduzieren, die Preise für Medikamente in den USA zu senken und gleichzeitig Investitionen sowie Wertschöpfung in das eigene Land zu verlagern. Ab diesem Sommer müssen europäische Arzneimittelhersteller damit rechnen, ihre Produkte nicht mehr ohne Handelsbarrieren in die USA einführen zu können.

Dazu sagt vfa-Präsident Han Steutel: „Die beschlossenen Maßnahmen zur Einschränkung von Pharmaimporten stellen einen bedeutenden Eingriff in den globalen Arzneimittelmarkt dar. Sie sind eine Zäsur im weltweiten Handel mit Medikamenten.“

Die US-Administration erhöht damit den Druck, Investitionen in den USA zu tätigen. Steutel: „Für Deutschland bedeutet dies, dringend benötigte Investitionen am Standort stehen mehr denn je auf dem Prüfstand. Umso wichtiger ist, auch in Europa einen gewichtigen Markt zu entwickeln: Ansiedlungskosten reduzieren, Verfahren beschleunigen, Innovationen fördern.“

Die Zölle sind als industriepolitisches Instrument zur Stärkung des eigenen Standorts zu verstehen. „Ich würde mir wünschen, dass die Bundesregierung entschieden die Belange des Wirtschaftsstandorts

Seite 1/3

Rückfragen an:

Dr. Jochen Stemmler
Telefon 030 20604-203
j.stemmler@vfa.de

Charlottenstraße 59
10117 Berlin
Telefon 030 206 04-0
www.vfa.de

Deutschland in den Blick nimmt“, so Steutel weiter. „Die Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit müssen in diesem Lichte bewertet und abgewogen werden.“

Seite 2/3

Pressemitteilung
Nr. 10/2026
vom 3. April 2026

Hintergrund:

Die USA haben damit ihre Section 232-Investigations beendet. Kern der beschlossenen Maßnahme ist die Einführung von Zöllen auf importierte, patentgeschützte Medikamente, die im Extremfall bis zu 100 Prozent betragen können. Für Produkte aus der Europäischen Union gelten reduzierte Sätze von etwa 15 Prozent. Generika sind von den Maßnahmen ausdrücklich ausgenommen. Gleichzeitig sieht das System bewusst Anreize für Unternehmen vor, die Zölle zu umgehen oder zu reduzieren: Wer Preise auf dem US-Markt senkt oder Produktionskapazitäten in die USA verlagert, kann mit deutlich geringeren Abgaben rechnen.

Die Umsetzung erfolgt gestaffelt und in mehreren klar definierten Schritten. Nach jetziger Kenntnis beginnt ab dem 31. Juli 2026 eine erste Phase, in der ausgewählte große Pharmaunternehmen unter die neuen Regelungen fallen. Ab diesem Zeitpunkt werden die Zölle grundsätzlich erhoben, allerdings noch im Rahmen von Übergangsregelungen. Unternehmen erhalten in dieser Phase – je nach Größe etwa 120 bis 180 Tage – Zeit, um ihre Geschäftsmodelle anzupassen. Diese Anpassungsphase ist ein zentraler Bestandteil der Maßnahme: Sie dient dazu, Verhandlungen zwischen Unternehmen und US-Regierung zu ermöglichen und konkrete Reaktionen der Firmen auszulösen.

In dieser Übergangszeit stehen den betroffenen Unternehmen im Wesentlichen drei Handlungsoptionen offen. Erstens können sie ihre Preise für den US-Markt senken, um in niedrigere Zollkategorien zu fallen oder regulatorische Erleichterungen zu erhalten. Zweitens können sie Investitionen in den Aufbau oder die Erweiterung von Produktionskapazitäten in den USA zusagen, um als „inländische Produktion“ eingestuft zu werden oder zumindest von reduzierten Zollsätzen zu profitieren. Drittens können sie ihre bestehenden Lieferketten und Produktionsstrukturen anpassen, etwa durch Teilverlagerungen oder neue Partnerschaften mit US-Unternehmen.

Parallel dazu erfolgt eine schrittweise Ausweitung der Maßnahmen auf weitere Unternehmen und Produktkategorien. Mit dem 29. September 2026 tritt die Regelung schließlich vollständig in Kraft. Ab diesem

Zeitpunkt gelten die Zölle umfassend für alle betroffenen Importe, und die zuvor gewährten Übergangsfristen laufen aus. Unternehmen, die bis dahin keine Anpassungen vorgenommen haben, müssen die vollen Zollsätze tragen.

Seite 3/3

Pressemitteilung
Nr. 10/2026
vom 3. April 2026

Für Deutschland und Europa ergeben sich daraus mehrere miteinander verknüpfte Effekte. Kurzfristig bleibt die Belastung durch die reduzierten EU-Zölle begrenzt, jedoch entsteht bereits in der Übergangsphase erheblicher strategischer Druck auf europäische Pharmaunternehmen. Diese müssen entscheiden, ob sie Marktanteile in den USA aufgeben, ihre Preise anpassen oder Investitionen in den US-Standort verlagern. Mittelfristig besteht die Gefahr, dass Teile der Produktion und Forschung in die USA abwandern, da dort regulatorische Vorteile und finanzielle Anreize gebündelt werden. Langfristig deutet die Maßnahme auf eine strukturelle Verschiebung hin: weg von global integrierten Lieferketten hin zu stärker regionalisierten Produktionssystemen, die durch politische Vorgaben geprägt sind.

Insgesamt handelt es sich weniger um eine klassische handelspolitische Maßnahme als um eine gezielte industriepolitische Strategie mit geopolitischer Dimension. Für Europa entsteht daraus vor allem die Notwendigkeit, eigene Standortbedingungen, Investitionsanreize und regulatorische Rahmenbedingungen im Pharmasektor kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Der vfa ist der Verband der forschenden Pharma-Unternehmen in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 49 weltweit führenden Herstellern und ihren rund 90 Tochter- und Schwesterfirmen in der Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik. Die Mitglieder des vfa stehen für mehr als die Hälfte des deutschen Arzneimittelmarktes und beschäftigen in Deutschland rund 100.000 Mitarbeiter:innen. Rund 20.000 davon arbeiten in Forschung und Entwicklung.

Folgen Sie uns auf unseren Social Media Kanälen:

[LinkedIn](#)

[Instagram](#)

[YouTube](#)